

Deutsch-jugoslawische
Wirtschaftsbeziehungen
in den 1950er und
1960er Jahren

Dittmar Dahlmann

**Deutsch-jugoslawische
Wirtschaftsbeziehungen
in den 1950er und
1960er Jahren**

**Michael-Zikic-Stiftung
Bonn**

Copyright © 2002 Michael-Zikic-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Michael-Zikic-Stiftung

Michael-Zikic-Stiftung
Universität Bonn
Lennéstr. 1, 53113 Bonn

Deutsch-jugoslawische Wirtschaftsbeziehungen

in den 1950er und 1960er Jahren

Das Verhältnis von Politik und Wirtschaft ist schwer zu bestimmen. Beide Bereiche durchdringen sich in hohem Maße, sind voneinander abhängig und beeinflussen sich gegenseitig. Von daher ist es einsichtig, dass auch in den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen die Politik eine nicht unwichtige, teilweise eine entscheidende Rolle spielte.¹ Um so mehr, da die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung in das sogenannte westliche Staatensystem eingebunden war, Jugoslawien hingegen zunächst zum sogenannten Ostblock gehörte, dann ein führendes Mitglied der blockfreien Staaten war, aber am sozialistischen Wirtschaftssystem festhielt und zudem von westlicher Seite in gewisser Weise weiterhin als ein Teil des Ostblocks angesehen wurde. Allerdings eben nicht als ein Satellit Moskaus, wie es die Sprachregelung des Auswärtigen Amtes bzw. aller Bundesministerien festlegte. Als solche galten Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Albanien wurde von der bundesdeutschen Politik anfangs völlig ignoriert, die DDR stets nur als „SBZ“ bezeichnet.

Meine folgenden Ausführungen basieren auf einer Auswertung der im Bundesarchiv Koblenz liegenden Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft aus den

¹ Der Artikel basiert auf einem Vortrag, der auf Einladung der Michael-Zikic-Stiftung, Bonn, und des Goethe-Institutes Inter Nationes, Belgrad, im Oktober 2001 in Belgrad, Novi Sad und Kragujevac gehalten wurde. Die Vortragsform wurde beibehalten.

Allgemein zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien, vgl. Thomas Brey, Bonn und Belgrad. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa 29, 1979, S.632-644; vgl. auch die Darstellung des ehemaligen jugoslawischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland: Rudolf Cacinovic, Entwicklung und Perspektiven der deutsch-jugoslawischen Beziehungen, in: Olaf Ihlau, Miodrag Vukic (Hsg.), Jugoslawien - Modell im Wandel, Frankfurt/M. 1973, S. 196-210. Zum deutschen Außenhandel vgl. Dietmar Petzina, Isolation und Öffnung. Zwischen National- und Weltwirtschaft, in: Reinhard Spree (Hsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 103-113.

1950er und 1960er Jahren. Hin und wieder sind einige Materialien aus Firmenarchiven mit berücksichtigt worden. Die Materialien der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes bzw. generell der Akten des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramtes sowie weiterer Firmenarchive zu benutzen, war mir aus Zeitgründen unmöglich. Geboten wird also eine deutsche, damit auch einseitige Sicht der Dinge. Ich hoffe, dass gerade eine solche Darstellung ein besonderes Interesse findet.

Generell ist zu bemerken, dass das Thema bisher in der deutschsprachigen Literatur zumeist nur in wenigen Absätzen oder kurzen Artikeln behandelt wurde. So lesen wir in Holm Sundhaussens „Geschichte Jugoslawiens 1918-1980: „Trotz blühender Wirtschaftskontakte blieben jedoch die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien aufgrund der Hallstein-Doktrin weiter unterbrochen.“² Sundhausen bezieht sich an dieser Stelle auf die 1960er Jahre. Eine nähere Erörterung, was der Autor unter „blühenden Wirtschaftskontakten“ versteht, unterbleibt.

Die Verbindung von politischem und wirtschaftlichem Handeln allerdings wird vom Autor sofort aufgezeigt und im gleichen Absatz weitergeführt. Denn in der Folge wird auf die in den Wirtschaftsverhandlungen immer wieder auftauchenden jugoslawischen Wünsche nach dem „Verbot der kroatisch-militanten Exilgruppen“, der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts und dem Rechtsschutz für die schnell wachsende Gruppe der jugoslawischen „Gastarbeiter“ verwiesen.³ Eine Trennung der Ebenen von Politik und Wirtschaft, das zeigt auch diese Darstellung, gab es nur in der Theorie, aber nie in der Praxis. Die Handels- und Wirtschaftspolitik nicht nur gegenüber Jugoslawien war ein Teil des allgemeinen politischen Handelns und sie richtete sich nicht nur nach den Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die erste deutsche Kreditge-

² Holm Sundhausen, Geschichte Jugoslawiens 1918-1980, Stuttgart u. a. 1982, S. 179. Für die Frühphase der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dragan Bogetic, Ekonomska saradnja Jugoslavije sa SR Nemackom u vreme sukoba sa kominformom 1948-1956, in: Jugoslovenski istorijski casopis 1998, Nr. 1-2, S. 183-212. Der Artikel basiert auf Akten des jugoslawischen Außenministeriums.

währung im Jahre 1951 entsprach den Wünschen der US-amerikanischen Regierung, denn Jugoslawien war nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin ein wichtiges Land.⁴ In den 1950er und 1960er Jahren lief der amerikanische Standpunkt darauf hinaus, dass der Ostblock handelspolitisch nicht als ein einheitliches Ganzes aufgefasst werden dürfe, sondern durch eine gezielte Förderung der Handelsbeziehungen mit den von der Sowjetunion abhängigen Gebieten - gemeint sind die sog. Satellitenstaaten, darunter auch die DDR - daraus gleichsam heraus gebrochen werden könnten.⁵

Die ersten wirtschaftlichen Kontakte entstanden bereits im Gründungsjahr der Bundesrepublik 1949. Sie gingen zum einen auf die Initiative der privaten Wirtschaft und zum anderen auf staatliche Anregungen zurück. Dabei gab es einige Anfragen von Unternehmerseite nach einer Wiederaufnahme des Handels mit Jugoslawien, wie er bis 1939 bestanden hatte.

Noch vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und den ersten Parlamentswahlen in der Bundesrepublik kam es bereits zum Abschluss von Handelsabkommen zwischen der BRD und anderen Staaten. So auch mit Jugoslawien, mit dem am 31. März 1949 das erste Handelsabkommen geschlossen wurde, das ebenso wie der Folgevertrag noch von den Hohen Kommissaren der Alliierten unterzeichnet wurde.⁶

Bereits bei diesen und auch bei den folgenden Gesprächen stand von deutscher Seite auch das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien auf der Tagesordnung.⁷ Bundeskanzler Adenauer erklärte allerdings im Bundestag, dass die Zeichnung des Vertrages nicht unmittelbar von der Klärung der deutschen Kriegsgefangenenfrage abhängig zu machen sei. Der handelspolitische Aus-

³ Sundhaussen, Holm, Geschichte Jugoslawiens, S. 179.

⁴ Brey, Thomas, Bonn und Belgrad, S. 634.

⁵ Wochenbericht Auswärtiges Amt, Ref. 413 A, Bonn, 19.7.1954: Besprechung zwischen Mr. Stassen und Dr. von Lupin in Paris am 13.7.1954: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, B 11, Bd. 1046 AA III Ost-Westhandel 311-22, Bd. 3, unpaginiert.

⁶ Bundesarchiv Koblenz (im folgenden BAK), B 102 (=Bestand Bundesministerium für Wirtschaft), 6194, unpaginiert.

schuss des Deutschen Bundestages war der Meinung, dass der deutsche Delegationsführer, wenn die Kriegsgefangenenfrage bis dahin nicht geklärt bzw. bereinigt sei, darauf hinweisen solle, dass eine Klärung oder Bereinigung dieser Frage auch im Interesse der wirtschaftlichen Beziehungen baldmöglichst erwartet würde.⁸

Immer wieder wird die enge Verzahnung von Wirtschaft und Politik in den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen aufscheinen, in zahlreichen Varianten und fast stets wird die Politik - jedenfalls in diesem Bereich - den Wirtschaftssektor dominieren. Zumindest war dies von deutscher Seite aus der Fall. Tatsächlich wurde im Ausschuss bzw. im Ministerium erörtert, ob durch die Lieferung von Schrott durch eine deutsche Privatfirma nach Jugoslawien nicht das Problem der Kriegsgefangenen gelöst werden könnte; also gleichsam ein Tausch stattfinden sollte.⁹

Sogar Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard ging bei seinen Gesprächen mit jugoslawischen Vertretern, darunter mit dem Minister Stanislav Kopcok, auf dieses Problem ein. Dabei sollte der Vater des deutschen Wirtschaftswunders im Prinzip nur über den handelspolitischen Vertrag sprechen. Erhard betonte allerdings, es gebe keine direkte Verbindung zwischen diesen beiden Bereichen, doch sei eine Lösung des Kriegsgefangenenproblems, das die jugoslawische Seite als nicht existent betrachtete, aus atmosphärischen Gründen wünschenswert. Die jugoslawische Seite antwortete ausweichend, verzeichnet der Bericht.¹⁰ Was auch sonst, so wird man sich fragen, hätte sie tun sollen?

Vom September 1950 an basierten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland, also der Bundesrepublik, und Jugoslawien dann auf der Basis von

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.: Niederschrift über die Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages vom 10. Februar 1950.

¹⁰ Ebd.; 6194, unpaginiert: Schreiben des Wirtschaftsministers Dr. Ludwig Erhard an den Bundeskanzler Konrad Adenauer, 13.4.1950 über seine Gespräche mit dem jugoslawischen Minister Kopcok und Schreiben von Ludwig Erhard an Stanislav Kopcok vom gleichen Tage.

Handelsverträgen, die zwischen den beiden Staaten abgeschlossen wurden und die Warenein- und -ausfuhr in vertraglich fixierten Mengen ermöglichten.¹¹ Dabei waren zunächst bei der Ausfuhr aus Deutschland Elektroartikel, Motoren, Uhren usw., also Fertigprodukte, sowie Eisen und Stahl die wichtigsten Produkte. Bei der Einfuhr standen vor allem Rohstoffe wie Chromerze, Ferrolegierungen, Schwefelkiesabbrände, Blei, Bauxit, Silber etc. und Agrarprodukte (Vieh, Getreide und Obst) an erster Stelle.

Die Verträge wurden jährlich mit Beginn jeweils zum 1. Juli abgeschlossen. Sie legten Wertgrenzen für die Waren fest, was allerdings durch Zusatzvereinbarungen während der jeweiligen Vertragslaufzeit geändert werden konnte. Um ein Beispiel aus der Mitte der 1950er Jahre zu geben, so waren im Vertrag für 1956/57 folgende Obergrenzen für die deutsche Lieferung von Konsumgütern festgelegt: chemische Industrie 600.000 USD, Textilfertigwaren 2,1 Mio., Maschinen- und Fahrzeugbau mit Ausnahme von Kraftwagen 400.000 USD, elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse im Wert von 1,7 Mio. und Eisen, Stahl und Blech im Wert von 3,27 Mio. USD. Dies zeigt deutlich die deutschen, aber auch die jugoslawischen Interessen auf.

In Verbindung mit dem Abkommen des Jahres 1950 wurde in einem Zusatzprotokoll vom 1. November 1950 Jugoslawien auch ein Kredit eingeräumt (Kreditabkommen). Die Kreditbasis für die Lieferung deutscher Waren betrug 44 Mio. USD bzw. 147 Mio. Deutsche Mark. Die Stockungen bei der Rückzahlung der Kredite, bzw. der Überziehung des Kreditrahmens, setzte früh ein, so dass schon im Januar 1952 das Bundeskabinett dieses Problem behandelte und den Gedanken eines Moratoriums erörterte.¹² Einen direkten Staatskredit wollte die

¹¹ Karl Günzel, Planwirtschaft und Außenhandel der FVRJ, in: Werner Markert (Hsg.), Osteuropa-Handbuch Jugoslawien, Köln, Graz 1954, S. 228-243.

¹² Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Kabinettsausschuss für Wirtschaft, Band 1: 1951-1953, bearbeitet von Ulrich Enders, München 1999, S. 135f., 250f.

Bundesregierung, wie ein Jahr später in einer Kabinettsitzung festgehalten wurde, nicht gewähren.¹³

Von Anfang an stand vor allem ein Problem immer wieder im Mittelpunkt der Vertragsverhandlungen, und zwar die geringe Höhe der jugoslawischen Ausfuhr nach Deutschland. So wurden von einem festgesetzten Volumen von 50 Mio. USD für das Jahr 1953/54 nur 30 bis 35 Millionen ausgenutzt. Als Gründe wurden von deutscher wie von jugoslawischer Seite mit wechselnden Schwerpunkten die folgenden Faktoren ausgemacht: die klimatischen Verhältnisse, Verkehrsschwierigkeiten, unglückliche organisatorische Maßnahmen und Verwaltungsprobleme. Die Handelsbilanz Jugoslawiens nicht nur mit Deutschland blieb chronisch defizitär und erreichte vor allem am Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre Rekordhöhen.¹⁴ Ein weiteres Dauerproblem waren die jugoslawischen Zölle auf bestimmte Produkte, bzw. die häufige Änderung der Zolltarife von seiten Jugoslawiens.

Von jugoslawischer Seite wurde schon früh der Wunsch geäußert, die OECD-Preisliste zu gewähren, obwohl das Land nicht Mitglied der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) war. Der Status eines OECD-Landes wurde schon 1952 gewährt. Die Bedingungen des Handelsvertrages schlossen ein System der offenen Ausschreibungen ein, so dass im jeweils laufenden Handelsvertragsjahr ein großer Teil der jugoslawischen Ausfuhr nach Deutschland de facto liberalisiert war.

Ein weiteres, immer wiederkehrendes Problem waren die Schulden Jugoslawiens in der Bundesrepublik, insbesondere der Swing, der Überziehungskredit, den die damalige Bank deutscher Länder, später Bundesbank, seit 1953 herabsetzen wollte. In jenem Jahr lag er bei 17 Mio. USD. Dies jedoch lehnte die jugoslawische Seite aus verständlichen Gründen kategorisch ab, ebenso wie eine Verzin-

¹³ Ebd., S. 252; Außenhandels-Rundschreiben des Bundesministers für Wirtschaft vom 1.11.1950: BAK, B 102, 17826, Heft 2, unpaginiert. Dort auch das Zusatzprotokoll.

¹⁴ Theodor D. Zotschew, Die südosteuropäischen Volkswirtschaften im Rahmen der europäischen Integration, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hsg.), Ethnogenese und Staatsbildung in Südosteuropa, Göttingen 1974, S. 199-215, hier: S. 213.

sung der aufgelaufenen Schulden. Ständiger Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Ländern waren zudem die jugoslawischen Forderungen gegenüber der Bundesrepublik hinsichtlich Wiedergutmachungszahlungen für nationalsozialistisches Unrecht und Rückzahlungen von Versicherungszahlungen jugoslawischer Arbeiter und Zwangsarbeiter vor und während des Zweiten Weltkrieges sowie Forderungen jugoslawischer Firmen aus dieser Zeit. Darüber wurde ab Januar 1954 zäh, doch zunächst erfolglos verhandelt. Eine Lösung bahnte sich erst mehr als ein Jahr später an.¹⁵

Von seiten der deutschen Industrie, sowohl von einzelnen Unternehmen als auch ganzer Industriezweige, bestand seit Anfang der 1950er Jahre ein lebhaftes Interesse an einer Ausweitung des deutsch-jugoslawischen Handels. So wandten sich im September 1952 der Verband der deutschen feinmechanischen und optischen Industrie, die Industrie- und Handelskammer Osnabrück und der Verband der deutschen Uhrenindustrie an das Bundeswirtschaftsministerium mit dem dringenden Wunsch nach einer Erhöhung des Lieferkontingents pro Handelsvertragsjahr. Ein ähnliches Anliegen vertrat die Frankfurter Degussa, die bereits im April des Jahres 1953 für die weitere Einfuhr von Silber und Silbernitrat sowie die Ausfuhr von Erzaufbereitungsmitteln eingetreten war. Eine gänzlich andere Linie verfolgten hingegen jene Wirtschaftsverbände und Einzelunternehmen, die sich durch die Einfuhr bestimmter Rohstoffe bedroht fühlten. Dazu gehörten vor allem die Hanf- und die Tabakindustrie.

Ein grundsätzliches Problem stellte für die deutsche Seite die Einfuhr von Agrarprodukten dar, denn auch hier gab es unterschiedliche Interessenlagen der beiden Seiten. Bestand von deutscher Seite aus der Wunsch nach der Einfuhr von Getreide (Mais, Gerste und Hafer) sowie Fleisch (Schwein und Rind), so war die jugoslawische Seite vor allem an der Lieferung von Fischkonserven,

¹⁵ Vgl. Bogetic, *Ekonomiska saradnja*, S. 188ff. mit ausführlicher Darstellung der Verhandlungen und deren Begleiterscheinungen; vgl. auch unten, S. 7

Frischobst und Gemüse, verarbeitetem Obst und Gemüse, Trockenobst, Wein und Dörren interessiert. Daran war der Bedarf auf deutscher Seite eher gering.

Obwohl von seiten der deutschen politischen Führung durchaus ein Interesse an den Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien bestand, beurteilte ein großer Teil der Ministerialbeamten des Wirtschaftsministeriums die Entwicklung von Beginn an eher skeptisch. Davon zeugen die Lageberichte, die Beamte des Ministeriums nach Besuchen in Jugoslawien erstellten. So beurteilte ein Regierungsoberinspektor im Jahre 1956 die Lage durchaus skeptisch: „Die künftigen deutschen Ausfuhrchancen nach Jugoslawien müssen, wenn man von den zusätzlichen Geschäften, die sich ggf. auf Grund der Lieferungen im Rahmen des deutschen Darlehens von 240 Mio. DM ergeben werden, absieht, zurückhaltend beurteilt werden. Infolge jugoslawischer Lieferschwierigkeiten sowie aus Preisgründen ist damit zu rechnen, daß verschiedene Waren wie Mais, Futtermittel und Hanf künftig mehr oder weniger ausfallen werden. Es ist unwahrscheinlich, daß diese Ausfälle durch zusätzliche Lieferungen auf anderen Gebieten ausgeglichen werden können. Darüber hinaus hat Jugoslawien inzwischen wieder den Handel mit den Ostblockstaaten aufgenommen, so daß eine Umschichtung im Warenverkehr unausbleiblich ist. Die Gefahr einer Schrumpfung des regulären deutsch-jugoslawischen Austauschvolumens ist daher nicht von der Hand zu weisen.“¹⁶

Der eben angesprochene Kredit in Höhe von 240 Mio. DM war eigentlich ein Kredit über 300 Mio. DM. Dieser Kredit wurde Jugoslawien bei den anstehenden Handelsvertragsverhandlungen für 1956/57 gewährt. Sechzig Millionen DM wurden Jugoslawien sofort und ohne Rückzahlungsverpflichtung ausgezahlt und galten als Abgeltung der Schuldenforderungen.¹⁷ Die restliche Summe sollte in fünf Jahresraten gezahlt werden (vier Raten zu 50 und eine Rate zu 40 Mio. DM) und war „zur Bezahlung von Warenlieferungen und Dienstleistungen in

¹⁶ BAK, B 102, 17825, Heft 1, unpaginiert, Reisebericht des ROJ Scheuermann.

¹⁷ Brey, Thomas, Bonn und Belgrad, S. 635.

der Bundesrepublik“ bestimmt. Davon sollten 20% der Jahresraten dem Bezug von Verbrauchsgütern dienen.¹⁸

Im Jahre 1956 kam es zu deutsch-jugoslawischen Besprechungen über den Ausbau der jugoslawischen Aluminium- und Elektrizitätserzeugungsanlagen am 9. Oktober 1956 in Bad Godesberg. Daran waren auch Vertreter der deutschen Wirtschaft beteiligt. Für die deutschen Unternehmer ergab sich das Grundproblem, dass die jugoslawische Seite die Frage, ob deutsche Firmen denn Eigentumsrechte an ihren Investitionen im Lande erhalten könnten, grundsätzlich verneinte. Damit wuchs auf seiten der deutschen Privatwirtschaft eine erhebliche Skepsis bezüglich eines wirtschaftlichen Engagements in Jugoslawien.

Zu Beginn der zweiten Hälfte der 1950er Jahren änderten sich die politischen Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien erheblich. Die sog. Hallstein-Doktrin (benannt nach dem damaligen Staatssekretär im Außenministerium Walter Hallstein), nach der die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern unterhielt, welche die DDR völkerrechtlich anerkannten - mit Ausnahme der Sowjetunion -, zeigte ihre Wirkungen.

Seit 1953, also nach dem Tode Stalins, kam es zu einer allmählichen Wiedernäherung zwischen der UdSSR und Jugoslawien, die Ende Mai/Anfang Juni 1955 zum Besuch von Chruscev und Ministerpräsident Bulganin in Belgrad führte und in der sog. Belgrader Deklaration gipfelte, in der die Grundsätze der jugoslawischen Koexistenzpolitik anerkannt wurden. Allerdings blieben die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen keinesfalls spannungsfrei. Dennoch erkannte Jugoslawien Mitte September 1957 die Entgültigkeit der Oder-Neisse-Grenze an und nahm offizielle Beziehungen zur DDR auf, was eben in konsequenter Anwendung der eben erwähnten Hallstein-Doktrin zum Abbruch der

¹⁸ BAK, B 102, 17825, Heft 1, unpaginiert: Interne Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums vom 22. März 1956.

diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien führte.

Für die Führungsspitze des bundesdeutschen Wirtschaftsministeriums und auch des Auswärtigen Amtes folgte daraus keinesfalls auch die Einstellung der wirtschaftlichen Beziehungen. In einer Mitteilung an die Botschaften wies das AA darauf hin, dass die „unabhängig von den jeweiligen politischen Verhältnissen traditionell starke deutsche wirtschaftliche Stellung auf dem Balkan [...] nicht ohne Not geräumt werden“ sollte.¹⁹ Es war übrigens Staatssekretär Hallstein selbst, der das Schreiben unterzeichnete. Er wies die diplomatischen Vertreter am Ende seiner Ausführungen ausdrücklich darauf hin, dass bei Gesprächen oder Äußerungen alles vermieden werden müsse, was als eine Abschwächung des deutschen Schrittes, also des Abbruches der diplomatischen Beziehungen, gedeutet werden könnte. Man könne, so Hallstein, erläutern, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bereits eine schwerwiegende Maßnahme gewesen sei und nicht auch noch zusätzliche Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich erfordere.²⁰

In einem Positionspapier des Wirtschaftsministeriums vom Dezember 1957 hieß es: „Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen hat keine automatische Unterbrechung des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs ausgelöst. Insbesondere sind das deutsch-jugoslawische Warenabkommen vom 11. Juni 1952 mit seinen Zusatzvereinbarungen sowie das deutsch-jugoslawische Zahlungsabkommen vom 17. Juli 1956 weiterhin in Kraft geblieben. Die Fortgestaltung des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 10. März 1956 wird noch geprüft. Von den im Rahmen dieses Abkommens zugesagten 240 Mio. DM sind bisher rund 100 Mio. DM gezahlt worden. Die nächste Rate von 50 Mio. DM wird erst am 1. Mai 1958 fällig.“²¹

¹⁹ BAK, B 102, 17826, Heft 2, unpaginiert: Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 5.11.1957.

²⁰ Ebd.

Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und dem Ende des deutsch-jugoslawischen Waren- und Handelsverkehrs sahen die Vertreter des Wirtschaftsministeriums jedenfalls nicht. Sie dachten noch nicht einmal in letzter Konsequenz daran, den bestehenden Wirtschaftskredit einzufrieren, sondern handelten nach dem Motto: „Kommt Zeit, kommt Rat“, denn die nächste Rate des Kredites stand erst für den Mai des Folgejahres an.

Ähnlich dachte und handelte ein Teil der bundesdeutschen Industrie. Bei dem Münchener Unternehmen Krauss-Maffei bestellte Jugoslawien im Februar 1956 drei schwere Diesellokomotiven, die Mitte Mai 1957 geliefert wurden.²² Im Mai 1958, also kaum ein dreiviertel Jahr nachdem Jugoslawien diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte, ventilierte das Münchener Unternehmen Krauss-Maffei ein Projekt, bei dem 50 Lokomotiven mit Dieselhydraulik aus- und Mais dafür eingeführt werden sollte. Der Umrechnungskurs lag bei 50 Lokomotiven gegen 200.000 Tonnen Mais. Allerdings war in diesem Jahr das Einfuhrkontingent für Mais schon erschöpft, doch machte der zuständige Referent im Wirtschaftsministerium den Vorschlag, bei der anstehenden nächsten Verlängerung des Vertrages anstelle von Schlachtvieh, dessen Einfuhr wegfallen sollte, das Kontingent für Mais entsprechend zu erhöhen, um das Lokomotivgeschäft zu ermöglichen.²³ Die Verhandlungen zogen sich noch bis zum Jahre 1960 hin. Doch kam dieses Großgeschäft nicht zustande, da die amerikanische Konkurrenz günstigere Zahlungsmöglichkeiten einräumte und die US-Regierung weitere Kredite anbot.²⁴

²¹ BAK, B 102, 17826, Heft 2, unpaginiert.

²² Schriftliche Mitteilung von Herrn Hufschläger von der Firma Siemens Krauss-Maffei Lokomotiven GmbH, München, vom 9.10.2001; Schreiben von Mitterwallner an Dr. Ing. E.h. Franz Grabowski, Aufsichtsratsvorsitzender von Krauss-Maffei vom 28.4.1958: Bayerisches Wirtschaftsarchiv, München (im folgenden BWA), F 44/011; unpaginiert. Ich bin Harald Müller, M.A., vom Förderkreis Bayerisches Wirtschaftsarchiv e.V., für die Recherche in den Akten des Bayerischen Wirtschaftsarchivs in München und für die Bereitstellung des Materials zu großem Dank verpflichtet.

²³ BAK, B 102, 6011: Bericht der Botschaft Belgrad über die Zagreber Herbstmesse, 30.9.1953, unpaginiert; von Mitterwallner an Franz Grabowski, 8.5.1958: BWA, F 44/011.

²⁴ BWA, F 44/011 und 012. Im Bericht über die Geschäftsentwicklung im 3. Quartal 1960 vom 6.10.1960 wurde erklärt, dass die Verhandlungen mit Jugoslawien vorläufig abgebrochen worden seien, nachdem in den USA „weitere 25 Loks“ bestellt worden waren. Ebd.: F 44/012.

Ein stets wichtiger Aspekt der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen war die Beteiligung deutscher Unternehmen an Messen in Jugoslawien. Daran waren zunächst sowohl die Vertreter der Privatwirtschaft als auch Politiker und Vertreter des Wirtschaftsministeriums interessiert. Erste Beteiligungen an internationalen Warenmessen gab es im Herbst 1953 in Zagreb. Dort waren vor allem die großen deutschen Unternehmer repräsentiert: Daimler-Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz und Siemens, auch MAN, Bosch, Pfaff, Torpedo DKW, Borgward und zahlreiche andere deutsche Firmen, das Ministerium zählte 166, stellten aus. 57 dieser Firmen hatten eigene Messestände.²⁵

In den folgenden Jahren wurde die Beteiligung an der Messe vor allem für die politische Seite immer wichtiger, wie sich den Schreiben der deutschen Botschaft in Belgrad entnehmen lässt. Die von bundesdeutscher Seite mit der Vertretung auf Messen beauftragte IMAG wurde angehalten, sich frühzeitig entsprechend repräsentative Hallen und ein dazugehöriges Freigelände zu sichern. Die Regierung bzw. das Auswärtige Amt in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium unterhielten einen eigenen, gleichsam amtlichen Informationsstand. Man beobachtete aufmerksam, welche anderen Länder, insbesondere aus dem Ostblock, auf den Messen ausstellten, welche Plätze sie zugewiesen erhielten, und auch die Konkurrenz aus dem Westen: Italien, Frankreich und Großbritannien wurden interessiert beobachtet. Einen besonderen Hinweis gab die Belgrader Botschaft im Jahre 1955, als die in den Akten grundsätzlich als „Sowjetzone“ bezeichnete DDR zum ersten Mal auf der Zagreber Herbstmesse präsent war.²⁶ Von seiten der deutschen Industrie sank das Interesse an der Messe eher, da die Exporttätigkeit nach Jugoslawien sich aufgrund von Devisenknappheit und Lieferbeschränkungen als immer schwieriger erwies.²⁷

²⁵ BAK, B 102, 6011, Heft 1, unpaginiert.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

Zwischen Mitte und Ende der 1950er Jahre stand immer wieder das Projekt eines Aluminiumwerkes von seiten Jugoslawiens im Raum. Angesprochen wurden von jugoslawischer Seite dabei unter anderem Krupp und Salzgitter. Das Unternehmen zerschlug sich, da es wirtschaftlich nicht rentabel war und damit auch das Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR auf der einen und Jugoslawien auf der anderen Seite, das am 3. August 1956 geschlossen worden war, am 27. Mai 1958 gekündigt wurde. Die damalige wirtschaftliche Lage auf dem Aluminium-Weltmarkt ließ die Wirtschaftlichkeit des jugoslawischen Projektes ohnehin fraglich erscheinen, wie eine Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums feststellte.²⁸ Erst mit Hilfe eines Kredits der Sowjetunion im Jahre 1966 wurde das Projekt dann tatsächlich in Angriff genommen.

Ende der 1950er Jahre verbesserten sich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern für kurze Zeit, denn Jugoslawien wurde - nach mehrere Jahre währenden Vorbesprechungen - 1959 dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) assoziiert, so dass es zu spürbaren Erleichterungen im Warenverkehr kam.²⁹ Erst 1966 wurde Jugoslawien Mitglied des GATT. Jedoch blieben am Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre die Verhältnisse wechselhaft. Genau zu dieser Zeit wurde von deutscher Seite die Hermes-Bürgschaft gekündigt, allerdings bald darauf wieder aufgenommen.³⁰ Die Regierung argumentierte bei der Aufhebung mit der „zunehmenden Schädigung der deutschen Exportwirtschaft“ und stellte fest, dass die Hermes-Sperre kein geeignetes Mittel gewesen sei, „die Haltung der jugoslawischen Regierung in der deutschen Frage zu beeinflussen.“³¹ In jenem Jahr nämlich hatte die Bundesrepublik Deutschland Italien als wichtigsten Handelspartner Jugoslawiens vom ersten Platz verdrängt.³²

²⁸ BAK, B 102, 246298, unpaginiert.

²⁹ Ebd., B 102, 18448, unpaginiert: Vermerk über die Ressortbesprechung vom 24.3.1956.

³⁰ BAK, B 102, 17826, Heft 2, unpaginiert: Kabinettsvorlage vom 20.8.1959.

³¹ Beide Zitate ebd.

³² Fred B. Singleton, Yugoslavia's Foreign Economic Relations, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hsg.), Jugoslawien, Göttingen 1975 (= Südosteuropa-Handbuch, Band 1), S. 275-288, hier: S. 280.

Damit einher ging jedoch eine deutliche Verschlechterung des politischen Verhältnisses zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik zu Anfang der 1960er Jahre. Und die politischen Beziehungen belasteten auf eine gewisse Weise auch die Wirtschaftsbeziehungen. Auf Initiative des Auswärtigen Amtes fand Mitte September 1961 ein interministerielles Gespräch statt. Der Vertreter des Amtes formulierte deutlich, dass er auf Weisung seines Staatssekretärs, also Hallsteins, die Frage zu prüfen habe, welche Möglichkeiten es gäbe, auf wirtschaftlichem und entwicklungspolitischem Gebiet „kürzer zu treten“.³³ Der Beamte des Auswärtigen Amtes verwies als Grund für diese Politik auf die „bekannten Äußerungen Titos auf der Belgrader Konferenz.“³⁴

Tito hatte sich gegenüber der Delegation aus Ghana dahingehend geäußert, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien keinerlei Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gehabt habe.³⁵ Was durchaus den Tatsachen entsprach und von deutscher Seite auch, erinnert sei an die zitierten Anweisungen Hallsteins, beabsichtigt war. Nur durfte dies direkt und deutlich in der Öffentlichkeit eben nicht ausgesprochen werden. Genau dagegen hatte Tito mit seinen undiplomatischen Äußerungen verstoßen, so dass nun doch gewisse Sanktionen greifen sollten.

Allerdings zeigten sich die Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums weit liberaler und blieben auf dem alten Standpunkt. Sie verwiesen auf die Interessen der deutschen Wirtschaft, die berücksichtigt werden müssten und meinten, es solle keinen Alleingang der Bundesrepublik ohne Abstimmung mit den westlichen Partnerländern geben. „Abschließend wurde noch die Frage erörtert, ob der Besuch einer Delegation von Vertretern der deutschen Industrie bei der gegenwärtigen politischen Situation wie vorgesehen und den Jugoslawen bereits offiziell mitgeteilt, am 24. des Monats durchgeführt werden soll oder nicht. Das

³³ BAK, B 102, 68948, unpaginiert: Besprechung vom 16.9.1961.

³⁴ Ebd. Hier wird Bezug genommen auf die vom 1.-6. September 1961 in Belgrad stattgefunden erste Gipfelkonferenz der Blockfreien Staaten.

Auswärtige Amt hat sich vorbehalten, diese Frage zur Entscheidung Herrn Staatssekretär vorzulegen.“³⁶ Erneut sind wir mit dem Problemkreis des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft konfrontiert und müssen feststellen, dass in dieser Situation erneut das politische Handeln die wirtschaftlichen Akteure dominiert.

Es ist übrigens zu jenem Zeitpunkt zu konstatieren, dass aufgrund der politischen Verhältnisse die Wirtschaftsbeziehungen keinesfalls blühten, sondern eher ins Stocken gerieten. Der Handelspolitische Ausschuss beschloss im Dezember 1961 eine „zurückhaltende Haltung“ gegenüber Jugoslawien aufgrund der erwähnten Äußerungen Titos.³⁷ Im Wirtschaftsministerium und im Auswärtigen Amt wurden diverse Gedankenspiele über eine mögliche Kündigung des Handelsvertrages für das Jahr 1963 angestellt.³⁸

Bei der anstehenden Verlängerung des Handelsvertrages im Jahre 1963 wurden die Verhandlungen unterbrochen und erst am 26. Juni 1964 nach längeren Vorgesprächen in Genf wieder aufgenommen. Die Verlängerung des Vertrages von 1963 erfolgte durch den Austausch von Noten über die schwedische Botschaft.³⁹ Der Grund für den Abbruch der bilateralen Gespräche war von bundesdeutscher Seite aus die jugoslawische Forderung nach Wiedergutmachungszahlungen. Was von deutscher Seite aus als eine unzulässige Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Fragen angesehen wurde. Es ist eben eine Standpunktfrage, wie die Sphären von Politik und Wirtschaft zu trennen sind.

Im Laufe des Jahres 1963, nachdem dieser Tiefpunkt in den Beziehungen erreicht worden war, wurden mehrfach Möglichkeiten der Fortsetzung der unterbrochenen Gespräche sondiert, insbesondere in Gesprächen zwischen dem Staatssekretär Lahr und dem jugoslawischen Delegationsvorsitzenden Dondic. Dabei ging es zunächst einmal darum, bestimmte Fragen auszugrenzen oder, wie

³⁵ BAK, B 102, 68948: Vermerk: Hauptabteilung Ausland, 21.3.1962.

³⁶ BAK, B 102, 68948, ebd.

³⁷ BAK, ebd., Aktennotiz des Referates V B 6 im Wirtschaftsministerium vom 29.3.1962 und Protokoll der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 19.12.1961.

³⁸ Ebd., Vermerk Referat V B 6 im Wirtschaftsministerium vom 16.3.1962.

Lahr es formulierte, „die Grenzen abzustecken, innerhalb derer ein künftiges deutsch-jugoslawisches Gespräch mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann.“⁴⁰ Auszuklammern waren Wiedergutmachungszahlungen und neue Anleihen, aber dennoch sollten Jugoslawien gewisse finanzielle Hilfen angeboten werden.

Eine neue Vereinbarung wurde dann wieder durch zweiseitige Gespräche herbeigeführt. Am 16. Juli 1964 wurde die 5. Zusatzvereinbarung abgeschlossen, die eine Laufzeit vom 1. Juli bis zum 30. Juni 1965 hatte. In dieser Phase lässt sich davon sprechen, dass es zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen kam, denn zusammen mit dem Handelsvertrag wurde auch ein Abkommen über die Stundung von jugoslawischen Nachkriegsschulden und eine Regelung des Grenz- bzw. Personenverkehrs getroffen. Darüber hinaus erklärte sich die Bundesrepublik zu Bundesbürgschaften und -garantien bereit. Das sogenannte Mantelprotokoll des Handelsabkommens enthielt diese eher politischen Vereinbarungen.⁴¹ Mit diesen politischen Vereinbarungen setzte dann ab 1964 auch aufgrund des allgemeinen politischen Wandels eine Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien ein. Diesmal lag die führende Rolle eindeutig beim Auswärtigen Amt. So hieß es in einer internen Aufzeichnung: „Der Bundesaußenminister Dr. Schröder jedenfalls lege Wert auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien, auch wegen Einschätzung der Alliierten und der nicht zu unterschätzenden Stellung Jugoslawiens in den Entwicklungsländern.“⁴²

Jugoslawien also war, so lässt sich aus diesem Vermerk folgern, nicht unbedingt als Wirtschaftspartner interessant, sondern aufgrund der politischen Rolle, die es in der Welt, vor allem eben bei den Entwicklungsländern und den sog. blockfreien Staaten spielte. Und die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes verdeut-

³⁹ BAK, B 102, 68948, unpaginiert.

⁴⁰ BAK, B 102, 68948, unpaginiert: Schreiben von Staatssekretär Lahr im AA an Staatssekretär Langer im Wirtschaftsministerium vom 27.11.1963; vgl. auch ebd., 68981, unpaginiert.

⁴¹ Ebd., 68981 und 68948 mit den Vertragstexten.

⁴² BAK, B 102, 68981; vgl. auch das in Anm. 31 zitierte Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 27.11.1963, in dem ähnliche Gedanken vorgetragen wurden. Auch fehlte bei Lahr nicht

lichte dieses politische Interesse der Bundesregierung ganz eindeutig. Denn in dem Papier heißt es weiter, dass dem Verlangen von Teilen der deutschen Industrie nach Einfuhrbeschränkungen von Ferrochrom, Zinnblechen, Aluminiumhalbzeug, Holzwaren etc. aus politischen und verhandlungspolitischen Gründen zur Zeit nicht zugestimmt werden könne.⁴³ Klarer lassen sich meines Erachtens Prioritäten nicht setzen und auch nicht ausdrücken.

Allerdings muss doch deutlich herausgestellt werden, dass Jugoslawien durchaus ein wichtiger Wirtschaftspartner geworden war. Seit 1957 stieg der deutsche Anteil am jugoslawischen Handel beständig an. Der bundesdeutsche Anteil an Jugoslawiens Außenhandel lag in jenem Jahr bei 10,5% und war bis 1968 immerhin auf 14% angewachsen.⁴⁴

Am Ende des Jahrzehnts, zur Zeit der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD zwischen 1966 und 1969 und der Regierung Brandt/Scheel seit 1969, wandelten sich die Verhältnisse und damit die politischen Rahmenbedingungen ganz erheblich. Im Jahre 1969 wurde zwischen beiden Ländern ein Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, das eine engere Kooperation ermöglichen sollte.⁴⁵

Für Teile der deutschen Industrie, vor allem die Autohersteller und den Maschinenbau, schien Jugoslawien in jener Zeit ein lukratives Geschäft zu bieten. Als typisch hob das Bundeswirtschaftsministerium einige Fälle heraus. So kam es zu einer Kooperation zwischen MAN und einer Werft in Split. Das deutsche Unternehmen lieferte für eine Übergangszeit Schiffsmotoren und -ausrüstungen, die in jugoslawische Schiffe eingebaut wurden. MAN stellte außerdem das Know-how zur Verfügung, womit nach Ablauf einer Übergangszeit eine eigene

der Hinweis darauf, dass die Bundesrepublik „bereits den 2. Platz als Lieferant an Italien verloren“ habe.

⁴³ BAK, B 102, 68981.

⁴⁴ Singleton, Yugoslavia's Foreign Economic Relations, in: Grothusen (Hsg.), Jugoslawien, S. 280.

⁴⁵ BAK, B 102, 135304, unpaginiert: Abkommen vom 10. Februar 1969.

Produktion ermöglicht werden sollte.⁴⁶ Eine weitere enge Kooperation bestand zwischen dem deutschen Autohersteller NSU und einem jugoslawischen Automobilwerk. Das jugoslawische Werk stellte nach NSU-Lizenz PKW her. NSU lieferte dafür auch Teile und bezog zugleich Teile vom jugoslawischen Partner für die eigene Produktion. Als weiteres Beispiel führte das Ministerium eine Zusammenarbeit von Klöckner-Humboldt-Deutz mit einem jugoslawischen LKW-Werk an. Auch in diesem Falle wurden LKW nach deutscher Lizenz hergestellt, und zudem lieferte KHD dafür auch noch Teile.⁴⁷

Aktiv war auch Daimler-Benz auf dem jugoslawischen Markt. Im Jahre 1968 erreichte Jugoslawien in der Daimler-Benz Exportstatistik den 17. Platz. Das Unternehmen hatte innerhalb von drei Jahren seinen Umsatz in diesem Land um mehr als das Sechsfache gesteigert. Es war damit für Jugoslawien so interessant geworden, dass der jugoslawische Wirtschaftsminister Toma Granfil im Februar 1969 in Stuttgart-Untertürkheim zu Gast war.⁴⁸ Aufgrund dieser Erfolge suchte Daimler-Benz nach neuen Möglichkeiten auf dem jugoslawischen Markt. Wie das Unternehmen in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller vom 24. Juni 1969 mitteilte, führte es seit längerem Gespräche mit dem jugoslawischen Nutzfahrzeughersteller FAP/FAMOS über eine langfristige technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dabei ging es um eine Jahresproduktion von rund 10.000 Fahrzeugen, Lastwagen und Bussen. Die Gespräche mit dem jugoslawischen Partner seien, so hieß es in dem Schreiben, in eine entscheidende Phase getreten. Das Stuttgarter Unternehmen wünschte für dieses Projekt Bundesgarantien, doch verhielt sich die deutsche Regierung zunächst eher abwartend,⁴⁹ stimmte dann aber im folgenden Jahr grundsätzlich Bundesgarantien zu. Daimler-Benz schloss im Sommer 1970 einen durchaus erfolgreichen Kooperationsvertrag mit dem jugoslawischen Partner. Im Jahre 1976 lag der

⁴⁶ BAK, B 102, 135300: Bestehende deutsch-jugoslawische Kooperationen nach Vermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 5.2.1969.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Pressearchiv Daimler Chrysler AG, Stuttgart. Mit Dank an Wolfgang Rabus, den dortigen Archivar, der mir dieses Material und Informationen aus den Geschäftsberichten von Mercedes-Benz zur Verfügung stellte.

⁴⁹ BAK, B 102, 211631, unpaginiert.

Umsatz bei 545 Mio. DM, und im Unternehmen waren 14.000 Personen beschäftigt. Zehn Jahre später wurde die Kapitaleinlage aufgestockt und das Programm der produzierten Nutzfahrzeuge erweitert. Im Jahre 1992 tauchte Jugoslawien zum letzten Mal in einem Geschäftsbericht des Hauses Daimler-Benz als Produktionsstandort auf.⁵⁰

Bundesgarantien wurden, wie eben schon erwähnt, von 1970 an gewährt. Weiterhin unerfüllt blieb der dringende Wunsch von seiten deutscher Unternehmen nach direkten Firmenvertretungen. Dies war nur dann möglich, wenn die deutsche Firma einen Investitions- oder Kooperationsvertrag mit einem jugoslawischen Partner geschlossen hatte. Aber auch dann konnte die Vertreter Tätigkeit nur im Rahmen der Zusammenarbeit durchgeführt werden. Der Spitzenverband der deutschen Industrie, der BDI, monierte dies in einem ausführlichen Schreiben an seine Mitglieder und betrachtete es als eine Diskriminierung, weil jugoslawische Firmen in der Bundesrepublik ungehindert ihre Niederlassungen eröffnen durften.⁵¹

Nach dem Besuch einer Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Jugoslawien vom 26. Oktober bis 1. November 1969, die vom Vorstandsvorsitzenden von Thyssen, Ernst Wolf Mommsen, geleitet wurde, kam es vom 3. - 5. März 1970 zur konstituierenden Sitzung des deutsch-jugoslawischen Gemischten Ausschusses in der jugoslawischen Hauptstadt. Dieser war durch das eben erwähnte Abkommen vom 10. Februar 1969 ins Leben gerufen worden. Daran nahmen hochrangige Vertreter der deutschen Wirtschaft und der deutschen Politik teil. An der Spitze stand Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, der am 5. März in Belgrad auch von Staatspräsident Tito zu einem Gespräch empfangen wurde.⁵²

⁵⁰ Daimler-Benz Pressearchiv, Stuttgart.

⁵¹ BAK, B 102, 135304, unpaginiert: Rundschreiben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 15.7.1970.

⁵² BAK, B 102, 68981, unpaginiert; ebd., 135303.

Damit traten die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien in eine neue Phase, die sich allerdings immer noch nicht als eine Zeit blühender Wirtschaftskontakte bezeichnen lässt. Denn die bestehenden Schwierigkeiten blieben bestehen und neue kamen hinzu. Jedoch waren Atmosphäre und Stimmung in jener Zeit ausgesprochen gut. Der deutsch-jugoslawische Gemischte Ausschuss für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, in dem die anstehenden Probleme besprochen werden sollten, traf sich regelmäßig. Beteiligt waren daran sowohl Vertreter der Ministerien als auch der Wirtschaft.⁵³ Später kamen die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsgespräche hinzu, die von der Deutsch-jugoslawischen Gesellschaft und der Südosteuropa-Gesellschaft veranstaltet wurden. Auch hier trafen sich Vertreter aus Politik und Wirtschaft zu intensiven Gesprächen und einem manchmal durchaus unverblühten Meinungs austausch.

Ziehen wir ein Resümee für die 1950er und 1960er Jahre, so bleibt festzuhalten, dass die politischen Verhältnisse einerseits die Wirtschaftsbeziehungen dominierten, andererseits aber die Wirtschaftsbeziehungen wiederum geradezu kompensatorisch betrieben wurden, wenn die politischen Rahmenbedingungen, wie im Falle des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern nach 1957, miserabel waren. Eine Eigenständigkeit einer der beiden Sphären lässt sich nicht feststellen, was sich wie ein Gemeinplatz anhört, aber m. E. dennoch deutlich hervorgehoben werden sollte.

Die 1970er und 1980er Jahre möchte ich in einem kurzen Ausblick behandeln. Er kann, da Aktenmaterial in Deutschland einer 30jährigen Sperrfrist unterliegt, nicht mehr auf bisher unveröffentlichtem Archivmaterial basieren.

Zunächst ist in einer Art Rückblende festzuhalten, dass Jugoslawien seit dem Jahre 1967 als erstes sozialistisches Land ausländische Direktinvestitionen im

⁵³ BAK, B 102, 135304, unpaginiert: Gemeinsames Protokoll über die 2. Tagung des Ausschusses in Garmisch-Partenkirchen am 15./16.6.1970.

Industriesektor erlaubte. Dies eröffnete grundsätzlich neue Möglichkeiten, welche die deutsche Wirtschaft auch nutzte. Die Bundesrepublik lag nicht nur bei den Kooperationsvereinbarungen an der Spitze aller Länder, sondern auch bei den Investitionsverträgen, von denen bis 1977 35 mit bundesdeutschen Unternehmen abgeschlossen wurden. Mit Blick auf den Umfang des investierten Kapitals lag Deutschland hinter den USA an zweiter Stelle.⁵⁴ Allerdings trat hier bald eine gewisse Investitionsmüdigkeit ein, die von jugoslawischer Seite lebhaft beklagt wurde. Dies lag zum einen daran, dass der jugoslawische Binnenmarkt für viele deutsche Unternehmen zu klein und damit nicht lukrativ genug war und zum anderen daran, dass die Absatzchancen auf dem Weltmarkt sich seit Beginn der 1970er Jahre zunehmend verschlechterten. Die bekannten Probleme mit den jugoslawischen Gesetzen, die recht hohe Inflationsrate und das steigende Lohnniveau kamen hinzu.⁵⁵

Politisch betrachtet, waren die frühen 1970er Jahren eine ausgesprochen gute Zeit im deutsch-jugoslawischen Verhältnis. Im April 1973 besuchte Bundeskanzler Willy Brandt Jugoslawien. Während dieses Besuches kam es auch zur Lösung des seit langem anstehenden Problems deutscher Entschädigungszahlungen für die jugoslawischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung mit der sogenannten „Brioni-Formel“. Jugoslawien wurden besondere wirtschaftliche Begünstigungen eingeräumt und eine entsprechende Kapitalhilfe gegeben.⁵⁶

Die jugoslawische Wirtschaft war in den 1970er Jahren von enormen Problemen betroffen. Dazu gehörte zum einen die schon erwähnte chronisch defizitäre Handels- und Zahlungsbilanz mit den westlichen Staaten, so dass das Land mehr und mehr dazu überging, den Handel mit den Ländern des COMECON

⁵⁴ Roland Schönfeld, Deutsche Investitionen in Jugoslawien. Ihre Chancen und Probleme, in: Südosteuropa-Mitteilungen 18, 1978, Heft 1, S. 49-65, hier: S. 51; ders., Zur Westorientierung der jugoslawischen Außenwirtschaft. Entwicklung, Stand und Ziele, in: Klaus-Detlev Grothusen, Othmar Nikola Haberl, Wolfgang Höpken (Hsg.), Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Band 1: Außenpolitik, München, Wien 1983, S. 149-165, hier: S. 154f. mit weiterführender Literatur.

⁵⁵ Schönfeld, Deutsche Investitionen, S. 51-53.

auszuweiten. Die Gründe für die jugoslawischen Wirtschaftsprobleme sind in der Literatur so häufig erörtert worden, dass sie hier nur summarisch aufgelistet zu werden brauchen: 1) die niedrige Arbeitsproduktivität, 2) die fehlende Einheit des jugoslawischen Marktes, 3) die hohe Inflationsrate, 4) die unsolide Geldpolitik der Regierung und 5) die Investitionspolitik der selbstverwalteten Unternehmen, die im hohen Maße preistreibend wirkte.⁵⁷

Für den Außenhandel hatte dies die schon benannten Folgen. Beim Warenaustausch mit den Ländern des sog. konvertiblen Bereichs mussten die jugoslawischen Unternehmen bei 42,5% ihrer Exportprodukte Verluste hinnehmen, „da selbst die Exportförderung nicht ausreichte, um den Preisunterschied auszugleichen.“ Teilweise wurde unter dem Inlandspreis verkauft. Dagegen konnte in die Länder Osteuropas zu höheren Preisen als im Inland verkauft werden, so dass sich die Erhöhung der Exporte nach Osteuropa, insbesondere in die Sowjetunion, fast von selbst erklärt.⁵⁸

Damit ging auch eine restriktive Importpolitik gegenüber den westlichen Industrieländern einher. Dadurch sank die Rohstoff- und Produktionsbasis von Jahr zu Jahr. „So ergab sich bei den Importen real eine Verringerung um 5%, bei den Exporten eine Steigerung um 11%; dabei stiegen die Exporte nach Osten um 40%, in die Länder mit frei konvertibler Währung aber nur um 12%. Aufgrund

⁵⁶ Europa-Archiv 1973, D 231-233: Text des Kommuniqués; vgl. auch Archiv der Gegenwart 43, 1973, S. 17833; Rolf Surmann, Kleine Geschichte der „Wiedergutmachung“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, 1999, S. 585-594, hier: S. 590.

⁵⁷ Ljiljana Djekovic, Jugoslawiens wirtschaftliche Fatalitäten. Noch kein Ausweg in Sicht?, in: Südosteuropa-Mitteilungen 23, 1983, Heft 4, S. 20-28; dies., Jugoslawien zwischen EG und RGW - Im Westen überschuldet, vom Osten zunehmend exportabhängig, in: ebd. 22, 1982, Heft 2, S. 3-13; Theodor Zotschew, Die Industrialisierung in Südosteuropa. Ihre Entwicklung und ihre Probleme, in: ebd., S. 56-86; Werner Gumpel, Jugoslawien im wirtschaftlichen Integrationsprozess Europas, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hsg.), Jugoslawien. Integrationsprobleme in Geschichte und Gegenwart, Göttingen 1984, S. 260-269. Eine sehr positive Sicht der wirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen zeichnete im Jahre 1973: Borislav Jovic, Ergebnisse und Politik der wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens, in: Ihlau, Vukic (Hsg.), Jugoslawien, S. 70-90.

⁵⁸ Djekovic, Jugoslawiens wirtschaftliche Fatalitäten, S. 23; vgl. auch die übergreifenden Artikel: Irena Reuter-Hendrichs, Jugoslawien und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), in: Grothusen, Haberl, Höpken (Hsg.), Jugoslawien am Ende der Ära Tito. Band 1, S. 123-148; Schönfeld, Westorientierung, in: ebd., S. 149-165; Singleton, Yugoslavia's Foreign Economic Relations, in: Grothusen (Hg.), Jugoslawien, S.275-288; Jürgen Harders, Das jugoslawische Außenwirtschaftsregime. Institutioneller Rahmen und resultierende Verhaltensweisen, in: Südost-Europa 31, 1982, S. 185-206.

dieser Zahlen ist es nicht erstaunlich, dass aus dem Austausch mit westlichen Industriestaaten 90% des Defizits resultierten: Es betrug 1982 rund 1,4 Milliarden Dollar.⁵⁹

Was den Warenverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland anbetraf, so blieben prinzipiell die auch schon zuvor bestehenden Bedingungen und Umstände erhalten. Die Bundesrepublik war und blieb der wichtigste westliche Handelspartner mit einem chronischen Ungleichgewicht. So wurden von deutscher Seite aus etwa im Jahre 1981 fast doppelt so viele Waren nach Jugoslawien geliefert wie von italienischer Seite, aber die Bundesrepublik kaufte weniger jugoslawische Produkte als Italien. In Zahlen ausgedrückt hieß das: Importe aus der BRD für 2,44 Mill. USD, aus Italien für 1,29 Mill.; Exporte nach Deutschland für 867 Mio. und nach Italien für 1,01 Mill. USD.⁶⁰

Weiterhin behinderten die teilweise überaus komplizierten jugoslawischen Wirtschaftsgesetze Kooperationen. Als immer noch problematisch erwiesen sich die Zollbestimmungen, die dazu führten, dass deutsche Monteure dringend benötigte Ersatzteile gleichsam „einschmuggeln“ mussten, weil ansonsten Maschinen für Monate stillgestanden hätten. Einige Investoren beschwerten sich über jugoslawische Importrestriktionen, andere über Zahlungsverzögerungen, und ein nicht geringes Problem stellten die „Gegengeschäfte“ dar. Jedoch war das politische Klima in jener Zeit ausgesprochen gut, und beide Seiten hofften auf eine Verbesserung der Lage.

Allerdings stieg am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre die Verschuldung des Landes bei westlichen Banken ständig an. Sie betrug 1980/81 rund 10% des Bruttosozialproduktes von Jugoslawien. Die Wirtschaftskrise wurde chronisch, wenn sie es nicht sowieso schon war. Mancher sprach in jener

⁵⁹ Djekovic, Jugoslawiens wirtschaftliche Fatalitäten, S. 23.

⁶⁰ Jens Reuter, Jugoslawiens Außenwirtschaft, in: Südost-Europa 31, 1982, S. 167-184, hier: S. 175 und S. 177.

Zeit bereits von einer Systemkrise.⁶¹ Jedoch waren die 1980er Jahre für den deutsch-jugoslawischen Handel eine durchaus gute Zeit, wie die damalige Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland, Gisela Rheker, 1986 feststellte: Die Bundesrepublik nahm zu dieser Zeit im jugoslawischen Außenhandel den zweiten Platz ein, etwa 11% des jugoslawischen Handelsvolumens, und auch Jugoslawien erreichte einen Platz unter den 20 wichtigsten Lieferländern, immerhin Position 18.⁶² Dies waren positive Entwicklungen, die verstärkt wurden durch langfristige Kooperationsproduktion, durch Jointventures und durch Lizenzübernahmen. In der Bundesrepublik Deutschland hofften Wirtschaft und Politik auf ein noch investitionsfreundlicheres Klima. Doch diese Hoffnung trog.

⁶¹ So etwa Wolfgang Höpken, Jugoslawien - Von der Wirtschaftskrise zur Systemkrise?, in: Südost-Europa 31, 1982, S. 607-625.

⁶² Gisela Rheker, Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen. Aktuelle Fragen im Rahmen einer engen Zusammenarbeit, in: Südosteuropa-Mitteilungen 26, 1986, Heft 1, S. 3-11, hier: S. 7.

Tabellen

Import und Export der Bundesrepublik Deutschland von und nach Jugoslawien in Mill. DM für ausgewählte Jahre⁶³

Jahr	Import	Anteil in %	Export	Anteil in %
1950	96,1	0,85	156,4	1,87
1951	160,6	1,09	183,7	1,26
1954	190,9	1,00	235,6	0,78
1960	234,1	0,55	543,7	1,13
1963	359,2	0,69	426,9	0,73
1968	621,8	0,80	1.359,8	1,30
1969	904,9	0,90	1.666,4	1,40
1974	1.606,3	0,89	4.526,2	2,00
1979	2.200,5	0,75	5.797,6	1,80
1984	4.120,7	0,94	5.512,9	1,12
1989	6.350,9	1,25	7.266,4	1,13

Import und Export Jugoslawiens von und in die Bundesrepublik Deutschland in Mill. Dinar für ausgewählte Jahre⁶⁴

Jahr	Import	Anteil in %	Export	Anteil in %
1950	20	16,8	9,9	12,5
1951	22	12,4	15	16,7
1954	172	16,9	142	19,7
1960	370	14,9	152	9,0
1963	294	9,3	244	10,3
1968	4.008	18,2	1.515	9,6
1969	4.857	18,2	2.023	11,0
1974	23.126	18,2	6.181	9,5
1979	54.863	20,6	14.040	10,8
1984	196.900	13,2	111.355	8,7
1988	3.135.754	17,5	1.981.191	12,0

⁶³ Alle Angaben nach den "Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik Deutschland" für die betreffenden Jahre. Die Prozentwerte wurden errechnet.

⁶⁴ In: Statistisches Jahrbuch. Jugoslavija 1918-1988. Statisticki godisnjak, Beograd 1989.

Prof. Dr. Dittmar Dahlmann

Prof. Dahlmann wurde 1949 in Düsseldorf geboren, wo er Geschichte und Philosophie studiert und promoviert hat. 1994 hat er sich an der Universität Freiburg habilitiert. Prof. Dahlmann leitet heute den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Bonn.

Den Schwerpunkt seiner Forschungen und Publikationen bildet die Sozial- und Kulturgeschichte Russlands und Osteuropas.

Prof. Dr. Dittmar Dahlmann ist seit Dezember 2001 Mitglied und seit Januar 2002 Vorsitzender des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung. Er lebt in Bonn.

Michael-Zikic-Stiftung
Universität Bonn
Lennéstr. 1
53113 Bonn
Germany

Phone: +49.(0)228.73-7393
Fax: +49.(0)228.73-7595

e-mail: office@m-z-s.org

Internet: <http://www.mzs.info/>